

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Redaktion aus 40 Pfennig monatlich. Bei der Geschäftsführer abgezahlt monatlich 4,40 Mark. Bei dem Post-Büro abgezahlt monatlich 12,40 Mark. monatlich 4,40 Mark. Verkauft täglich in den Buchhandlungen mit Ausnahme von Tagen und Feiertagen. Unser Zeitungsausleger und Ausgabebüro, sowie aus Postamtshäusern und Briefständern nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigepreis: Die Abgangszeitung ist eine Zeitung für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 10 Pf., außerordentliche Anzeigen 40 Pf., Kleinanzeigen für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 5 Pf., nicht zu 10 Pf. zu zahlen. Für die Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich verständlich.

Nr. 22.

Donnerstag, den 27. Januar 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Der oberste Gerichtshof ernannte einen Gequester, der ermächtigt wurde, die deutschen Güter und Guthaben der deutschen Versicherungsgesellschaften mit Beschlagnahme zu beladen.

Wie Echo de Paris mitteilt, hat Ministerpräsident Briand bezüglich der Wiedergutmachung seine Ansicht dahin geändert, man wolle vorerst zwei oder drei Jahreszahlungen festsetzen.

Auf der Pariser Konferenz sind zwischen Briand und Lloyd George verschiedene Unterschiede bezüglich der Entwaffnung Deutschlands zutage getreten.

Wie der Temps erzählt, hat der Verteidigungsrat eine Warnung nach Wien gegen Lassen gegen die Bestrebungen der österreichischen Regierung, den Anschluß an Deutschland für April vorzubereiten.

## Sachsens Finanznöte.

Eine Unterredung mit dem Finanzminister Heldt.

Ein Mitarbeiter des Dommert-Verlags hatte eine Unterredung mit Finanzminister Heldt, der sich über die Finanzlage Sachsens ungefähr folgendermaßen äußerte:

Bei meinem Amtsantritt habe ich eine ganze Reihe von Ausgaben vorgefundene, die die Volksfinanzen bewilligt hatte, ohne gleichzeitig die Bedeutung zu jagen. Es ist natürlich jetzt sehr schwierig, für größere Ausgaben Bedarf zu finden, da nach der Reichsteuerreform für die Länder die hauptsächlichen Einnahmequellen verschlossen sind, und Steuern, die sich auf den Verbraucher abstellen ließen, immer mehr unsozial wirken. Es wird daher in Zukunft nichts anderes übrig bleiben als selbst notwendige Wünsche zurückzustellen und nur die dringendsten Aufgaben zu erledigen. Vor allem ist es meines Erachtens ungültig, daß die Beamtengehälter aus Krediten bezahlt werden. Sie müssen unter allen Umständen aus laufenden Einnahmen bestritten werden. Allein, um die Beamtengehälter zu erhalten, braucht Sachsen 600 Millionen Mark. Dazu kommen noch die Löhne für die Staatsarbeiter, die in dieser Summe nicht einbezogen sind. Infolgedessen erklärt es sich, daß wir alles andere zurückstellen müssen, um die Mittel für die Lebensnotwendigkeiten des Staates zu haben. Wir werden deshalb nicht daran vorbeikommen,

eine Revision der Ausgaben für Kulturzwecke, die nicht dringend notwendig sind, vornehmen zu müssen. Daher wird es sich nicht vermeiden lassen, daß die Ausgaben für die Landestheater eingeschränkt werden. Die beiden Landestheater haben ein Defizit von nahezu 7 Millionen, wovon etwa  $\frac{1}{4}$  auf die Landesoper entfallen. Die Staatskasse für die Theater werden auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden müssen. Auch die persönlichen Schulosten, die ungefähr 270 Millionen Mark jährlich erfordern, kann der Staat unmöglich allein tragen; deshalb müssen die Gemeinden an der Tragung der Kosten teilnehmen, so sehr auch die Übernahme der persönlichen Schulosten auf den Staat zu wünschen wäre.

Für die neuen Beamtenforderungen ist keine Deckung vorhanden. Da die hauptsächlichsten Einnahmen auf das Reich übergegangen sind, wird das Reich die dadurch entstehenden Kosten tragen müssen, zumal auch die sächsischen Gemeinden darüber sind, neue Kosten in so erheblichem Umfang auf sich zu nehmen. Nach den Vereinbarungen, die zuerst getroffen waren, hätten die leichten Beamtenforderungen für Sachsen eine Belastung von 74 Millionen gebracht. Diese Summe ist aber durch die neuesten Beschlüsse auf 87 Millionen angewachsen. Das überschreitet die Linie, die die Länder in ihrer bekannten Erklärung als Höchstgrenze bezeichnet hatten. Die anderen Länder haben erklärt, daß sie diese neue Erhöhung nicht zu tragen vermöchten; insgesamt ist also erst recht Sachsen nicht imstande, diese Kosten auf sich zu nehmen. Andere Länder stehen insofern günstiger da, als deren Staat balanziert. Während Hessen sogar einen Überschuss hat, wird Sachsen mit einem Defizit abschließen. Daß es daher nicht noch größere Kosten auf sich nehmen kann, liegt auf der Hand. Hinzu kommt, daß wir in

Sachsen die höchsten Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung haben, die außerdem noch höher werden dürften als sie jetzt schon sind. Wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nämlich entwickeln wie im vergangenen Jahr d. J., wenn wieder ein Konjunkturabschlag eintritt, dann wird es noch schlimmer wie im vergangenen Jahre; denn damals hatte die Industrie noch Aufträge für ungefähr 10 Monate, während jetzt nur Aufträge für ungefähr drei Monate vorhanden sind. Sollte also diese Katastrophe eintreten, dann wird natürlich nicht nur das Heer der Bollerwerbslosen erhöht, sondern auch die Zahl der Kurzarbeiter und derjenigen Arbeiter, die jeweils aufgehen

müssen. In demselben Maße wie die Erwerbslosenziffern wachsen, werden natürlich auch die Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung größer. Um eine Übewanderung der Industriearbeiter in andere Berufsarten, z. B. in die Landwirtschaft, die zu fördern wäre, ist nicht zu denken, da die sächsische Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Ländern ganz minimal ist. Mit dem Abschluß der Erwerbslosenziffern wachsen — wie bereits ausgeführt — auch die Ausgaben dafür ins Ungemessene. Auf diese Weise wird es zur Unmöglichkeit, obere Bedürfnisse des Staates, so dringend sie auch sein mögen, zu befriedigen. Um wenigstens

eine Mehreinnahmen für den Staat zu schaffen, wird ja bekanntlich eine Reform der Grundsteuer vorgenommen werden. Es wird ferner auch eine Reform der Gewerbesteuer nicht umgehen lassen, und ebenso müssen auch aus der Stempelsteuer größere Beträge herausgeholt werden. Doch hiervon werden auch den Gemeinden ordentliche Anteile zugewiesen werden müssen, da auch diese in großer Not sind. Neue indirekte Steuern sind aber ganz unmöglich, da sie — besonders in heutiger Zeit — ganz unsozial wirken.

## Erhöhung der Leistungen in der Angestelltenversicherung.

Während die gesetzlichen Leistungen in der Angestelltenversicherung bereits erhöht worden sind, so insbesondere in letzter Zeit durch das Gesetz vom 26. Dezember 1920, durch das die Rentenempfänger weitere Leistungen erhalten, ist eine Erhöhung der Leistungen in der Angestelltenversicherung noch nicht eingetreten. Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte erkennt sehr wohl an, daß durch die außerordentliche Geldentwertung und die gestiegenen Kosten für die Lebenshaltung ausgelöste Bestrebungen der an der Angestelltenversicherung beteiligten Kreise auf Erhöhung auch dieser Leistungen durchaus berechtigt sind, und es hat sich daher veranlaßt gesehen, in einer Prüfung darüber einzutreten, in welchem Umfang und in welcher Weise diesem berechtigten Verlangen stattgegeben werden kann, ohne einerseits die versicherten Angestellten und ihre Arbeitgeber mit übermäßigen Beitragssummen zu beladen und andererseits die versicherungstechnische Deckung der Leistungen der Angestelltenversicherung zu gefährden. Das Ergebnis dieser Prüfung ist in dem vom dem Direktorium den zuständigen Stellen vorgelegten, stetsgern auch den beteiligten Verbänden zunächst gemachten Entwurf zur Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte enthalten. Hierin sind u. a. folgende wesentliche Verbesserungen der Leistungen in der Angestelltenversicherung vorgesehen:

1. Der Bezugspunkt des Ruhegeldes und der Hinterbliebenrenten soll ein für alle Gehaltsklassen gleicher Grundbetrag zugrunde gelegt und diesem Betrage für jeden entrichteten Monatsbeitrag ein nach der Höhe der Beiträge verschiedenen hohen Zuschlagungssatz hinzugerechnet werden. Für das Ruhegeld sieht der Entwurf als Grundbetrag den Betrag von jährlich 360 Mark vor. Entsprechend der Erhöhung der Ruhelosigkeitserhöhung erhöhen sich auch die Witwen- und Waisenrenten.

2. Für die Waisenbezüge sieht der Entwurf neben der sich aus den neuen Tagen für die Ruhelosigkeitserhöhung ergebenden Ruhelosigkeitserhöhung eine weitere bedeutsame Erhöhung insofern vor, als künftig als Halbwaisenrenten anstatt eines Fünftels der Witwenrente zwei Fünftel und als Doppelwaisenrenten anstatt eines Drittels zwei Drittel der Witwenrente gewährt werden sollen.

3. Ferner ist eine erhebliche Erhöhung der für Heilbehandlungen benötigten Mittel vorgesehen.

4. Eine weitere Verbesserung schlägt der Entwurf für weibliche Versicherte vor. Nach den geltenden Bestimmungen wird weiblichen Versicherten beim Eintritt der Berufsunfähigkeit nach Ablauf von 60 Beitragssmonaten und vor Vollendung von 120 Beitragssmonaten ein Ruhegeld gewährt, dessen Höhe nach den ersten 60 Beitragssmonaten berechnet wird. Auch für dieses Ruhegeld soll ein Grundbetrag von 360 Mark zugrunde gelegt werden. Außerdem sollen die Zuschlagsätze nicht nur der ersten 60 Beitragssmonate, sondern sämtlicher Beitragssmonate in Ansatz kommen, die bis zum Eintritt der Berufsunfähigkeit entrichtet worden sind. Durch diese Regelung wird gleichzeitig einer von den Angestelltenverbänden aufgestellten Forderung entsprochen, und es erfahren die den weiblichen Versicherten zugewendeten Sonderleistungen eine erhebliche Verweiterung und Erhöhung.

5. Vom Inkrafttreten dieses Gesetzes ab sollen auch den bereits Bezugsberechtigten die Grundbeträge als Zuschuß zu den für sie festgelegten Ruhelosern und Hinterbliebenenbezügen genehmigt werden.

6. Der Anspruch auf Erstattung von Beiträgen für den Fall, daß der Versicherungsfall eintritt, ohne daß ein Anspruch auf Leistungen geltend gemacht werden kann — § 398 des Versicherungsgesetzes für Angestellte —, soll auch den Eltern und Großeltern gewährt werden.

## Ausbau- und Deutsche Oberschule.

Wobei versuchsweise zugelassen.

Als dem Reichskultusministerium des Innern wird mitgeteilt: Der Reichsschulausschuß hat in seiner Sitzung in Weimar über die künftige Entwicklung der Aufbauschule und der deutschen Oberschule beraten. Für die weiteren Beratungen mit Sachverständigen sind folgende Richtlinien aufgestellt worden:

### Die Aufbauschule

wird als verkürzte Form der zur Hochschulreife führenden höheren Schulen versuchsweise zugelassen. Die Aufnahme in die Aufbauschule liegt in der Regel den Abschluß des 7. Schuljahrjahrs voraus. Der Lehrgang umfaßt 6 Jahre. Die Aufbauschule hat grundsätzlich die gleichen Lehrziele wie die entsprechenden bestehenden und etwa noch einzuführenden höheren Schulen. Den Ländern bleibt überlassen, die aus dem besonderen Charakter der Schulen entstehenden Abweichungen von dem zugrunde liegenden Lehrplan der entsprechenden Normalsschulart selbstständig zu regeln. An die Vorbildung der Lehrer sind praudiglich die gleichen Anforderungen zu stellen, wie bei den entsprechenden höheren Lehranstalten. Die Reifezeugnisse der Aufbauschule gewähren die gleichen Berechtigungen, wie die Reifezeugnisse der entsprechenden höheren Schulen.

### Die deutsche Oberschule

wird als neue Art der zur Hochschulreife führenden höheren Schulen versuchsweise zugelassen. Die deutsche Oberschule ist die höhere Schule, die auf der Grundlage des deutschen Grades eine höhere Bildung vermittelt, die der durch andere höhere Schulen gebotenen hinsichtlich der erreichten Höhe gleichwertig ist. Die allgemein-verbindlichen Fächer in der obersten Klasse der deutschen Oberschule sind, wie bei den anderen höheren Schulen, Religionsunterricht, Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Mathematik, Naturkunde. Dazu kommen mindestens eine Fremdsprache, Philosophie, Religionen und Kunstbetrachtung. Es bleibt den praktischen Versuchen des Lehrer überlassen, durch besondere Pflege von Werkunterricht, Kunst, Musik, Staatsbürgerkunde, Volkswirtschaft, Biologie und Heimatkunde den Lehrplan verschiedenartig auszustalten. Zur freiwilligen Erlernung einer zweiten Fremdsprache muß Gelegenheit geboten werden. Die freien Schüler der deutschen Oberschule erlangen die gleichen Berechtigungen wie die der anderen höheren Schulen. Sofern die Zulassung zu den Prüfungen für bestimmte auf Hochschulstudium beruhende höhere Berufe den Nachweis von Kenntnissen erfordert, die in der deutschen Oberschule nicht erworben werden, ist der Nachweis dieser Kenntnisse durch Ergänzungsprüfungen zu erbringen.

Um die Erfahrungen bei der Durchführung der Aufbauschule und der deutschen Oberschule zu sammeln, wird ein Sachverständigenausschuß beim Reichskultusministerium des Innern gebildet. Das von dem Ausschuß gesammelte Material und seine gutachterliche Stellungnahme ist dem Reichsschulausschuß zur Vorbereitung der Entscheidung über die endgültige Anerkennung der beiden Schularten zu unterbreiten.

## Kleine politische Meldungen.

Ein Reichskonsolidationsgesetz. Zwischen der Reichsregierung und den Regierungen der Länder schwanken, wie uns mitgeteilt wird, Verhandlungen über Aufstellung von Richtlinien für ein Reichskonsolidationsgesetz. Dieses Gesetz soll einheitliche Grundsätze aufstellen, die bei der Vereinigung der Staaten und Kirche namentlich in finanzieller Hinsicht in den einzelnen Ländern einzuhalten sind.

Gegen die Verkehrssteuern. In Gemeinschaft mit den Deutschen Nationalen und den Mehrheitskladabekannten brachten die Regierungsparteien einen Dringlichkeitsantrag ein, durch dessen Annahme die Regierung ermächtigt werden soll, die Erhöhung der Verkehrssteuern auf Grund des Gesetzes vom 1. April 1917 auf den natürlichen Wasserläufen des Reiches zeitweise auszusetzen.

Die Verstärkung der oberschlesischen Besatzung. Nach einer Meldung des Bernet Tageblatts aus Paris hat die deutsche Regierung bei der Verteilerkonferenz um Verstärkung der Polizei in Oberschlesien zur Sicherung der Volksabstimmung nachgefragt. Dem Blatte zufolge wird zu dem gleichen Zweck die Besatzungsmarine Oberschlesiens am 15. Februar erneut verstärkt.

Die Zerstörungswut der Entente. Die sächsische Landesverwaltung, das Aeronautische Institut in Lindenbergs, die geophysikalischen Institute in Leipzig und Frankfurt hatten die interalliierte Kontrollkommission gebeten, Entfernungsmesser aus den militärischen Beständen, die nach dem Friedensvertrag zur Zerstörung abgeliefert werden müssen, ihnen zu wissenschaftlichen Zwecken zu überlassen. Die Kontrollkommission hat diese Bitte abgeschlagen und die Zerstörung der wertvollen Instrumente angeordnet. (Ein neuer Beweis für die sinnlose Zerstörungswut der Entente.)

Vorberaum in Meissenburg. Auf Antrag der Deutschen Nationalen Volkspartei beschloß der meissenburgische Landtag einstimmig seine vorzeitige Auflösung. Die Neuwahlen und die erstmalige Wahl des Amtesvertreters sind auf den 18. März gelegt. Vorläufig arbeitet der Landtag in seiner bisherigen Zusammensetzung weiter. Die Auflösung des Landtages wurde bestimmt durch den Umstand, daß eine ausschlaggebende Mehrheit nicht existiert.

Die Dauer der Pariser Konferenz. Der Pariser Vertreter der Straßburger Neuen Zeitung meldet: Die Interalliierte Konferenz wird jetzt täglich zwei Sitzungen abhalten. Die Tagung wird mindestens bis 2. Februar dauern. Die russische Frage

stellt neuerdings auf der Tagesordnung. Frankreich ist gegen jede Entscheidung, die als Verstärkung der Sowjetregierung ausgelöst werden könnte. Auch die griechische Frage wird befürchtet. Man vermisst, daß Graf Sforza den Standpunkt vertreten wird, die Alliierten müßten sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Griechenlands enthalten.

**Der Nachkrieg.** Die Bochumer Nat.-Ztg. betont, daß die große Krise, der Nachkrieg, der zugleich politisch und wirtschaftlich die Welt verheert, ihren Höhepunkt überschritten habe und zu einer endlichen Lösung mache. Der Ansatz einer weiteren Gewaltpolitik sei offenbar gescheitert, und man könne endlich von entschiedenen Anzeichen der Besserung sprechen. (?)

**Das verzögerte Bild von George.** Im Deuvre wird mitgeteilt, daß die Veröffentlichungen im Echo de Paris über die Meinungsverschiedenheiten zwischen Blond George und Briand den englischen Premierminister sehr verstimmt hätten. Blond George habe zu Briand gesagt: Wenn ich so behandelt werde, komme ich niemals mehr nach Paris. In Wirklichkeit habe Blond George die Bemerkung gemacht, daß die Berichte von Hox und Marshall Wilson stark auseinandergegangen; die Herren möchten erst einmal ihre Berichte in Übereinstimmung bringen und sie dann erneut der Konferenz vorlegen.

**Schwierigkeiten des englischen Kabinetts.** Im Hinblick auf die augenblicklichen Schwierigkeiten ist es wahrscheinlich, daß die englische Regierungskoalition die nächste Sessionperiode, die am 15. Februar beginnt, nicht überleben wird. Diese Session hat keine andere Aufgabe, als die Budgetfrage zu lösen und es geht das Gerücht, daß übermenschliche Bemühungen gemacht werden, das neue Budget auf 250 Millionen Pfund Sterling herunterzudrücken. Danach würde diese Ziffer immer noch 150 Pfund mehr betragen, als ein normales englisches Budget darstellt. Gleichzeitig würde es jedoch einen großen Fortschritt gegenüber dem letzten Budget bedeuten, das 1200 Millionen Pfund übersteigt.

## Von Stadt und Land.

Aue, 21. Januar 1921.

**Ein Landeskommandant für Sachsen.** Generalmajor Müller ist zum Landeskommandanten von Sachsen ernannt worden. Bekanntlich sieht das neue Wehrgefecht die Schaffung solcher Stellen für die Länder vor, die früher ein eigenes Truppenkontingent besessen haben.

**Ablehnung der Kinderzulagen an Staatsbeamte.** Der Haushaltsausschuss A des sächsischen Landtages beschloß sich gestern mit der Frage der Gewährung der Kinderzulagen an die sächsischen Staatsbeamten. Die aus Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten bestehende Mehrheit des Ausschusses lehnte die Gewährung der Kinderzulagen ab. Bei der Zusammensetzung des Landtages, die auch der des Ausschusses entspricht, ist damit zu rechnen, daß sich auch im Plenum eine Mehrheit für die Ablehnung der Kinderzulagen überhaupt finden wird. Von bürgerlicher Seite wird ein Minderheitsantrag eingebracht, der die Gleichstellungsforderungen der Beamten entspricht.

**a. Generalversammlung des Mietervereins Aue.** Der Mieterverein hielt am gestrigen Mittwochabend im Schützenhauscafé seine Generalversammlung ab, bei der die einzelnen Punkte der Tagesordnung, sowie vorgebrachte Wünsche und Anregungen insbesondere auch Beschwerden über das Mieterleben eine lebhafte ausführliche Ausprache hervorriefen. Besonders Interesse erweckten die Berichte über die Tagung des Sächsischen Mieterbundes, die vor einigen Tagen in Dresden stattgefunden hat. Der Verein zählt fast zwölftausend Mitglieder, seine Kassenverhältnisse mit 4594,33 M. Einnahmen und 1797,50 M. Ausgaben sind recht günstig. Eine wesentliche Statutenänderung bestraf die Frage der Vorstandswahl, aus dem jährlich die Hälfte einmal die Stellvertreter des Hauptamtes und das andere Mal die ersten 3, aber denselben ausscheiden. Infolge dieser Neuwahl infolge des freiwilligen Rücktritts der Herrn Bahnhofsoffizie Töltner und Kaufmann Schröder sieht sich der Vorstand nunmehr zusammen aus Bürovorstand Schöninger, Mechaniker Lüdtke Poststelle Böhlitz, Kaufmann Fischer, Schalditz, Zeidler und Kaufmann Lent. Für das Amt eines Beisitzers wurden neu, bzw. wieder gewählt Stadtrat Wilhelm, Kaufmann Baumann und Wertmeister Oswald Vieweg. Die Arbeit eines Vereinsschulden und Kassenhelfers werden die Mitglieder Theisinger und Vieweg übernehmen. Die Rechnungsprüfer Jungmann und Schubert werden auf zwei Jahre in ihr Amt gewählt. Beider hatte das ungünstige Wetter den Besuch der Versammlung — es waren ungefähr 250 Mitglieder erschienen — nachteilig beeinflußt. Der reiche Stoff der Bundesversammlungsrede zeigte aber, wie unbedingt erforderlich ein kräftiger Zusammenflug der Mieter ist. Vorstandmitglied Lent brachte vor der Verlesung des Protokolls noch einen an Herz und Kopf der Mieter appellierenden Mahnruf zum Eintritt in den Mieterverein zum Ausdruck.

**Die Notlage der Kleinrentner belästigte gestern den sächsischen Landtag, indem der unseres Lesers schon bekannte deutschationale Antrag auf Behebung von deren Notlage zur Beratung stand. Abg. Ziller begründete den Antrag. Die Notlage der kleinen und mittleren Rentner sei keine vorübergehende Erscheinung, sondern eine Katastrophe, gegen die schnelle Hilfe notwendig sei. Hauptgegenstand des Antrages sei, einen Weg und Mittel zu finden, durch die den Rentnern auf Grund ihres Vermögens die Möglichkeit eines sorglosen Alters gegeben werde. Vor allem müßte dies auf dem Wege der Erwähnung billiger Darlehen erfolgen. Außerdem müßten Vergünstigungen bei dem Reichsnotopfergebot, der Reichseinheitssteuer gewährt werden. — Die sozialistischen Parteien betonten ihr Mitgefühl für die Kleinrentner, wollen aber vor allen Dingen die Arbeiterrentner bedauern, wobei Frau Büttner (Soz.) die Kleinrentner als gescheiterte Existenz bezeichnete. Die sozialistischen Parteien wollen von den Vorschlägen nichts wissen, sondern die Kleinrentner auf den Versicherungsmarkt verweisen. Gänzlich abgelehnt wurde der Antrag von den Kommunisten, während sich die Sprecher sämtlicher bürgerlichen Parteien dafür aussprachen, daß den Kleinrentnern ein ausreichendes Ersparnisminimum gewährleistet werden müsse. Schließlich wurde der Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten dem Haushaltsausschuss A überwiesen.**

**Was müssen wir vom Jenseits?** Das ist die Frage, die in unseren Tagen ungezählte Gemeindemitglieder bewegt. Antwort auf diese Frage gibt am Sonntag abend in der Nikolaitzmutterkirche Peter Beyer aus Bierfeld. Wir empfehlen darum alle Gliedern der Gemeinde den Besuch dieses Vortragsabends aufzurufen.

**Unterstützung der erzgebirgisch-vogtländischen Landwirtschaft.** Zur Unterstützung der Landwirtschaft im Erzgebirge und Vogtland, die auch 1920 unter der Wirkung der Witterung stark gelitten hat, beantragt die Regierung die Bewilligung eines Bezeichnungsgeldes von 500 000 M. Den Landwirten soll dadurch die Beschaffung von Saatgut ermöglicht werden. Die Regierung stellt eine Anzahl Richtlinien für die Bewilligung von Unterstützungen auf, die in den Händen der Landeshauptmannschaft liegen soll.

**Rauchverbot in den Nichtraucherabteilen.** Aus den Kreisen des reisenden Publikums fortgelegt eingehende Klagen über die Nichtbeachtung des Rauchverbotes in den Nichtraucherabteilen der Personenwagen haben die Eisenbahnerwaltung veranlaßt, ihr Personal zur genauen Durchführung des Rauchverbotes anzuweisen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Rauchen in Nichtraucherabteilen auch mit Bestrafung der Mitreisenden nicht gestattet ist. Reisende, die das Verbot trotz Ermahnung durch die Schaffner nicht beachten, haben Namensfeststellung und Anzeige bei der Eisenbahn-Betriebsdirektion zu gewährten. Unter Umständen können die betreffenden Reisenden von der Weiterfahrt ausgeschlossen werden.

## Vereinigung der Kunstfreunde.

ld. Die wenigsten der Zuschauer, welche die nicht allein künstlerisch vollendeten, sondern auch in ihrer ästhetischen Ausstattung bis in die kleinsten Einzelheiten sorgsam vorbereiteten Theatervorstellungen der Vereinigung der Kunstfreunde sehen, ahnen, welche Mühe und Arbeit es kostet, wieviel Schwierigkeiten zu überwinden sind, um dem Publikum diesen erhebenden Genuss bieten zu können. Nur wenige auch werden sich ein Bild davon machen können, mit welch enorm hohen Kosten diese Vorstellungen verknüpft sind, wie schwierig ihre finanzielle Basis zu behaupten ist und trotzdem behauptet wird, und was für eine zähe Energie dazu gehört, die weiterzuweigten Geschäfte der jetzt rund 150 Mitglieder zahlenden Vereinigung der Kunstfreunde in so einwandfreier, aufgerader Weise zu führen, wie es tatsächlich geschieht. Einen Einblick in alle diese Dinge gewährt die gut besuchte Generalversammlung der Vereinigung der Kunstfreunde, die gestern abend im Bürgergarten abgehalten wurde. Der vom Geschäftsführer der Vereinigung, Buchdruckerlebster Paul Selbmann erstattete, eingehende Jahresbericht war ein sprechender Beitrag für den ungeheurem Aufwand an Arbeit, gleichzeitig aber auch für schämenwerte Erfolge in künstlerischer und materieller Hinsicht. Ohne liebenvolle Unterstützung freilich hätte das Unternehmen nicht zu solcher Höhe gelangen können, deshalb dankte Hr. Selbmann seine Ausführungen einleitend vor allem auch allen, die seine Arbeit gefördert haben, besonders den städtischen Abgeordneten mit Hrn. Bürgermeister Hofmann an der Spitze, den Sitzern, die bislang der Vereinigung die stolze Summe von 22 900 M. zugeschlagen haben, sowie allen seinen Mitarbeitern und — nicht zu vergessen, den Chemnitzer Künstlern, die mit bewundernswertem Hingabe die Bühne der Vereinigung zu einem wahren Kunsttempel gemacht haben. Aus dem zum Vortrag gebrachten reichen Zahlenmaterial seien nur einige Wörter herausgegriffen, um die finanziell zu bewältigenden Kosten zu illustrieren. So betragen die Einnahmen aus den Vorstellungen vom 1. Juli 1920 bis 30. Juni 1921 — dem ersten Geschäftsjahr — mit Einschluß der folgenden sechs Monate bis jetzt 52 200 M. die Gesamtentnahmen während dieser Zeit erreichten die Höhe von 103 200 M. einschließlich des südlichen Vorlehrns von 15 000 M. Unter den Ausgaben befinden sich an großen Beträgen u. a. 37 000 M. für Ausstattungen (Decorations, Bühnenmöbel usw.), 24 100 M. für den Bühnenbau, 8000 M. für die Beleuchtungsanlage, 49 300 M. für die Veranstaltungen selbst (Bagen, etc.) u. s. f. Gewiß ansehnliche Summen, wie so manches Provinztheater in seinem Etat nicht mit ihnen rechnen kann! Trotzdem ist damit aber noch lange nicht alles erreicht, was als Ziel vorsteht, im Genteil muß noch weiterhin mit größeren Neubeschaffungen gerechnet werden.

Bis jetzt ist an 27 Abenden gespielt worden und auch für die Spielzeit ist es wiederum gelungen, die Chemnitzer Künstler zu gewinnen, denen Hr. Selbmann warme Worte des Dankes und der Anerkennung zollte. Nach Beendigung des Vortrages des Jahresberichtes ergriff das Wort Bürgermeister Hofmann, der in Abwesenheit des 1. Vorsitzenden, Generaldirektors Goedt als dessen Vertreter die Versammlung leitete, um Hrn. Selbmann für dessen hingebungsvolle Tätigkeit und außerordentliche Arbeitsleistung zu danken, die um so erstaunlicher sei, als große Schwierigkeiten und auch Widerstände zu überwinden waren. Wahre Kunst — so fügte Bürgermeister Hofmann ein Wortspiel — ist gegeben worden, und dabei hat Hr. Selbmann auch noch das Ruhmstift fertig gebracht, aus dem Betrieb Ueberschüsse für die Ausstattung des Unternehmens herauszuschlagen. Es wird wenige Minuten später von der Größe Tuco geben, die sich mit ihren Theatervorstellungen neben uns stellen können. Eine Leistung ersten Ranges ist mit diesem Unternehmen vollbracht worden!

Nachdem Bürgermeister Hofmann seinen Dank auf alle Mitarbeiter erstreckt hatte, brachte der Kassierer der Vereinigung, Fabrikdirektor Schäbling, den Kassenbericht zum Vortrage, der mit Ablauf des ersten Geschäftsjahrs (1919/20) Gesamtentnahmen von 15 772,54 M. und Ausgaben von insgesamt 15 765,08 M. aufwies. Zu dem in das zweite Geschäftsjahr übernommenen Kassenbestand von 4,46 M. kommt noch der Inventarwert, so daß das Vermögen am 1. Juli 1920 sich auf 6404,49 M. erhöht. Die von Lehrer Nagel und Prokurist Paul Lorenz geprüfte Rechnung wurde richtig gesprochen und dem Vorstand Entlastung erteilt, worauf, da der Vorstand bisher noch nicht vollständig war, die von den Sitzungen vorgezogenen Auskunftsmitglieder zu wählen waren. Es wurden als solche gewählt Stadtrat Matthes, Lehrer Nagel, Redakteur Menzner und Arnhold, Lagerhalter Berger, Regierungsoffizier Dr. Mohr, Tischlermeister Feistel und Prokurist Portmann. In einer sich anschließenden, anregenden allgemeinen Aussprache kam einmütig der Wunsch zum Ausdruck, daß die Spenden auch weiterhin recht reichlich fließen und die Zahl der Spender nach Möglichkeit sich vermehren möge, wie es auch höchst wünschenswert sei, daß der Mitgliedsbestand noch erheblich wachsen würde. Sodann wurde beschlossen, trotzdem man damit keine ermutigenden Erfahrungen gemacht hat, noch einmal den Versuch mit volkstümlichen Vorstellungen zu machen, für die Eintrittspreise um die Hälfte ermäßigt werden soll. Wir wollen hoffen, daß nunmehr auch diese Art Vorstellungen sich einbürgern werden und damit zum Siege der Vereinigung der Kunstfreunde auf der ganzen Linie führen.

## Konzerte, Vergnügungen.

Das zweite Sinfoniekonzert der Auer Orchester-Vereinigung findet morgen, Freitag, im Bürgergartencafé statt. Die Jupiter-Sinfonie Wagner, ein Werk, das unendliche melodische Schönheit, Anmut und rhythmisches Schwung ausstrahlt, läßt den Abend ein. An weiteren Orchesterwerken gelungen zur Aufführung Richard Wagners Ouvertüre zum Fliegenden Holländer und die Sinfonische Dichtung Des Preludes von F. Liszt. Mitwirkende Solistin ist die Konzertsängerin Hel. Marie Welgand aus Leipzig, eine Schülerin des Hémond, die im ersten Teil der Radjabasen-Arie aus Der Widerspenstigen Zähmung, von Goetz, mit Orchesterbegleitung singt. Im zweiten Teil bringt die Sängerin Lieber am Klavier von Reger, Pfitzner u. a. zu Gehör.

a. Hugenabend. Der Verein für Aquarien- und

Bühnenbild, das von Mitgliedern selbst zusammengestellt war. Besondere Freude erregten auch Der Schwammgießer mit Jan Böh, Der lustige Greif und Der Bärenführer. So wechselten Ernst und Humor, bis die Polizeistunde dem fröhgemuten Treiben ein Ende bot.

**Niederplanitz, 26. Januar. Stadt Planitz?** Wie zuverlässig verlautet, werden die beiden Schwesterngemeinden Niederplanitz und Oberplanitz nach eventuellem Zustandekommen der Verschmelzung die Verselbständigung des Stadtrechtes anstreben. Unter Umständen können die betreffenden Reisenden von der Weiterfahrt ausgeschlossen werden.

**Reichenbach i. V., 26. Januar. Wehrlos.** Hier wurde ein großer Lastkraftwagen angehalten. Die Ladung bestand aus 86 Zentnern Weizenmehl, die im Schleichenhandel verschoben werden sollten. Die Polizei beschlagnahmte den Lastkraftwagen mit Samt der Ladung im Werke von etwa 50 000 M. Der Kraftwagenfahrer und zwei Personen aus dieser Stadt, die in dringendem Verbot stehen, an der Schließung beteiligt zu sein, wurden in Haft genommen.

**Plauen, 26. Januar. Wärde los.** Aus der Vogtländischen Arbeitslosenkonferenz, die vor kurzem im Reichsarbeitsministerium stattfand, werden noch interessante Einzelheiten bekannt. Die beiden Vertreter der Erwerbslosen, Horberger und Schilling, trugen ein derart raffiniertes Wesen zur Schau, daß ihr Aushilfsverbot notwendig wurde. Sie beklagten u. a. die neuen Unterliegungen als Provokation der Arbeitslosen und drohten, daß man sich an die Einiente wenden würde, damit diese für Stolz und Arbeit sorge, wenn die Regierung nicht jetzt energisch helfen wolle. Ministerpräsident Buck sprach sich energisch gegen eine solche Heze aus und wies sie entschieden zurück.

**Görlitz, 26. Januar. Ungültige Stadtverordnetenwahl.** Das Gericht, die Wahl vom 12. Dezember sei ungültig erklärt worden, das fehl schriftliche Bestätigung freilich hätte das Unternehmen nicht zu solcher Höhe gelangen können, deshalb dankte Hr. Selbmann seine Ausführungen einleitend vor allem auch allen, die seine Arbeit gefördert haben, besonders den städtischen Abgeordneten mit Hrn. Bürgermeister Hofmann an der Spitze, den Sitzern, die bislang der Vereinigung die stolze Summe von 22 900 M. zugeschlagen haben.

**Thum, 26. Januar. Bürgerlicher Wahltag.** Bei der Stadtverordnetenwahl waren von bürgerlicher Seite 7, von sozialdemokratischer Seite 2 verbündete Listen aufgestellt worden. Für die bürgerlichen Listen wurden 1229, für die sozialdemokratischen 951 Stimmen abgegeben, so daß Thum 7 von 12 Sitzen erhält. Bei der vorherigen Stadtverordnetenwahl erhielten die Bürgerlichen 3, die Sozialdemokraten 9 Sitze.

**Leipzig, 26. Januar. Geheimer Hofrat Dr. Oskar von Höfe, der Seniorchef der weltberühmten Buchhändlerfirma Breitkopf u. Härtel in Leipzig, ein Sohn des berühmten Jenaer Kirchenhistorikers Karl v. Höfe, ist am 25. d. Ms., 75 Jahre alt, unerwartet gestorben. Er gehörte lange Jahre dem Vorstand des Vereins Deutscher Buchhändler, der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft, dem Börsenverein der Deutschen Buchhändler, der Internationalen Buchgesellschaft usw. an. Seine Anreise in den Raum des Deutschen Buchhändlerhauses und des Deutschen Buchgewerbehauses zu danken.**

**Dresden, 26. Jan. Republikanische Fahrdienstvorschrift für Monarchen.** Im November 1920 erschien die Eisenbahndirektion Dresden eine neue Fahrdienstvorschrift. Darin lautet Paragraph 5 Abs. 7 wie folgt: In Hinsicht auf plakative Verförderungen haben in der Regel die Sonderzüge der Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften den Vorrang vor den übrigen Zügen. (Etwas mehr Sorgfalt hätte der Eisenbahn hofflige Kommentare von links erspart. Oder werden als Allerhöchste und Höchste Herrschaften jetzt Präsident Ebert und seine verschiedenen Kollegen in den Einzelstaaten bezeichnet?)

## Gerichtssaal.

**Wegen schwerer Verfassungsschädigung und versuchten Betrugs erhebt der 19jährige Hilfspostdienstleiter Fritz Otto Eichel in Aue vom Landgericht Aue zwei Monate Gefängnis zu. Er erkannte. Er hatte am 20. November einen Empfangsschein, im Inhalt dessen die Firma B. M. G. die Zahlung von 1500 M. aus ihrem Konto bei der Cirofasse erhalten zu haben bekannte, fälschlich angezeigt und die Beleidigung durch einen Knaben der Stadtgroschen zur Zahlung vorlegen lassen. Dort war aber die Fälschung erkannt und die Zahlung verwegert worden.**

## Das Grubenunglück in Oelsnitz.

**Dumb und schwer, wie die Stimmung der Bevölkerung gegenwärtig im gefallenen Kohlengelände ist, klagen die Trauerlosen, die bis zum Beerdigungs-tage täglich von 12 bis 1 Uhr mittags läuten.** Die Gemeindeverwaltung von Oelsnitz hat aus Anlaß der Katastrophe im Friedenshacht eine öffentliche Bekanntmachung erlassen, wonach bis zum Tage der Bestattung der Verunglücksachen Bergleute Bergnugungen, Theatertaufzüge und musikalische Veranstaltungen unterschrieben bleiben sollen. Die Zahl der Toten hat sich leider bis zum Mittwoch abend auf 55 erhöht; bei etwa weiteren Verunglücksachen ist der Zustand sehr bedenklich. Die Untersuchung über die Ursache des furchterlichen Unglücks ist noch im Gange. Zur Unterstützung der Hinterbliebenen zahlt die Gemeindeverwaltung von Oelsnitz auf Veranlassung der Amtshauptmann Stollberg jeder Familie zunächst 150 Mark aus. Die Gewerkschaft Deutschland hat ebenfalls zunächst einen Betrag von 150 000 Mark bereitgestellt, von dem vorerst die Kosten für die Beerdigung bestritten und der Rest zu Unterstützungs Zwecken verwendet werden soll. Die Bergarbeiter im Bezirk tragen sich mit der Absicht, ein Drittel des Lohnes einer Schicht für die Hinterbliebenen der Verunglücksachen zu spenden.

**Reichspräsident Ebert.** hat an die Gemeindeverwaltung von Oelsnitz folgendes Beileidstelegramm gelangen lassen:

Die Nachricht von dem schweren Grubenunglück, daß so vielen braven Menschen Leben und Gesundheit nahm, hat mich tief bewegt. Ich bitte Sie, den Hinterbliebenen der getöteten Bergleute meine herzlichste Teilnahme und den Beerdigungszeit meine besten Wünsche für ihre baldige Wiederherstellung zu übermitteln.

**Reichspräsident Ebert.** Die Beerdigung der Opfer des Unglücks soll am heutigen Donnerstag nachmittag 1/2 Uhr erfolgen. Die in Oelsnitz wohnhaft gewesenen Arbeiter sollen in einem gemeinsamen Grabe bestattet werden. An der Beerdigung werden zahlreiche Abordnungen von Berg-

gutten neben Vertretern von staatlichen und sonstigen Behörden teilnehmen. Die Gemeindeverwaltung hat erkennt auch aufgefordert, zu Ehren der verunglückten Leute am Donnerstag nachmittag von 1 bis 3 Uhr die Geschäfte und Betriebe zu schließen. Schätzend ist die

#### Schilderung eines Überlebenden

einem Chemnitzer Blatte! Wir waren gegen 7 Uhr im Schacht an Ort und Stelle. Vor Beginn der Arbeit sollte ich von einer hundert Meter entfernten Stelle eine Säge hören. Ich war kaum dort, als ein gewaltiger heftiger Windstoß auf mich zukam. Ich wurde zu Boden geschleudert und die Lampe erlosch. Nachdem ich wieder zur Besinnung gekommen war, entzündete ich meine Grubenlampe mit der Sicherheitszündung. In dem gleichen Augenblick hörte ich schon das entsetzliche Schmerzensgeheul der verbrannten Männer, die teilweise brüllend aus dem dunklen Stollengängen kamen. Bielsch stiegen sie plötzlich tot. An der Engstelle lagen die Toten teilweise ineinander. Wenn wir versuchten, die Schwerverletzten anzutragen, fuhren sie noch mehr auf, da die üblischen Wunden füratbare Schmerzen verursachten. Trotzdem mußten wir an das neroenaukreisende Rettungswerk gehen. Ein Kamerad, den wir im Schacht aus der Grube schaffen wollten, rief von einem übermann, nach seiner Frau. Ein anderer sang einen Choral. Bielsch suchten die armen Menschen zu entkommen, weil sie die Brandwunden zum Amtshaus trugen. Heute, am Dienstag morgen, passe ich angestrahlt der Tatsache, daß ich wieder in den Tiefen einzufahren sollte, ein solches Grauen, daß ich mich es auch vielen anderen Kameraden.

#### Verunfahrt.

Steuerhinterziehung. Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen des Berliner jüdischen Kaufvermittlers Dr. Großhändlers Jancke ist wegen Steuerhinterziehung mit vollem Beleg gezeigt worden. Der Wert des beschlagnahmten Vermögens beträgt sich auf mehrere Millionen Mark. Jancke lebt hierfür unter Mitnahme bedeutender Vermögens in das Ausland gegeben, in das er schon früher größere Verlegensteile gebracht hatte.

Kapitän König nicht verholten. Die Nachricht, wonach der bekannte Führer des ersten Handels-U-Bootes Deutschland, Kapitän König, mit dem Hochseeschiffkapitän Senator Michaelis verholen sei, bestätigt sich nicht. Kapitän König ist Leiter der militärischen Abteilung des Norddeutschen Lloyd. Er befindet sich jetzt auf Urlaub und erfreut sich des besten Wohlbens.

Einzug der Wollenträger in Deutschland. Zwei Kölner reichsten beabsichtigen den Bau eines großen Büroturms Wollenfratz, das den Namen Europahaus erhalten soll. Das Gebäude soll am Neumarkt errichtet werden, zunächst in einer Höhe von vier Stockwerken. Von diesen aus soll sich das Gebäude bis auf zehn Stockwerke erhöhen, um sich dann turmartig zu einer Höhe von zwanzig Stockwerken emporzuheben (68 Metern). Die Fläche des Gebäudes umfaßt 15.000 Quadratmeter. Das Erdgeschoss soll für Ladengeschäfte und ein Restaurant Verwendung finden und außerdem soll ein Postamt eingerichtet werden. Außerdem soll ein Postamt

aufgenommen werden. Die andern Räume sollen für Büros usw. benutzt werden.

Explosion unterirdischer Munitionssäume. Am Sonntag erfolgte, wie aus Polen gemeldet wird, aus unbekannter Ursache eine Explosion in dem unterirdischen Munitionssäumen von Boleslawiec im Walde von Houtholt. Personen wurden dabei nicht verletzt. Der durch die Explosion ausgeworfene Trichter steht 15 Meter im Durchmesser.

## Letzte Drahtnachrichten.

### Übersicht

Berlin, 27. Januar. Beiwochen dem deutschen Volksräte in Oppeln und dem Vertreter der polnischen Regierung bei der interalliierten Kommission ist eine Vereinbarung getroffen worden, dahingehend daß die im polnischen Staat wohnenden deutschstämmigen Oberschlesiener bei der Vorbereitung für die Abstimmung und bei der Reise zur Abstimmung selbst durch die polnischen Behörden keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden dürfen. Ebenso ist Kurierverbindung zwischen dem deutschen Bleibstättkommissariat und den deutschen Abstimmungskommissionen in Polen hergestellt worden. Von deutscher Seite ist zugesichert, daß, wie schon bisher geschehen, auch die in Deutschland wohnenden stimmberechtigten polnischen Stimmberechtigten in der Ausübung ihres Stimmrechtes nicht beschränkt werden. Ebenso ist deren Verkehr mit dem polnischen Bleibstättkommissariat unter den gleichen Bedingungen wie in Polen zugesagt worden.

Kattowitz, 27. Januar. In der Zeit vom 25. Januar 4 Uhr nachmittag bis zum 26. Januar 8 Uhr vormittag sind aus dem Einwohnermeldeamt der Polizeidirektion Kattowitz etwa 5-600 Anträge auf Ausstellung von Aufenthaltsbescheinigungen zu Abstimmungsweden vorläufig verzeichneten. Es wird dringend ersucht, daß alle Anträge auf Aufenthaltsbescheinigungen sofort erneuert werden, damit keine Verzögerung in der Erlangung der Bescheinigungen entsteht.

Berlin, 27. Januar. Nach einer Meldung des Polizeipräsidenten aus Breslau erzwang in Bielschowitz bei Hindenburg eine Polsmenge die Freilassung eines verhafteten polnischen Arbeiters aus dem Gefängnis, nachdem man gedroht hatte, die Polizeigebäude in Bielschowitz, Rebendorf und Antonienhütte in die Luft zu sprengen. Von 50 Abstimmungspolizisten waren nur acht Männer erschienen, die zu schwach waren, um die Menge zu zerstreuen. Die Entsendung weiterer Mannschaften wurde von dem Kreiscontrollleur abgelehnt.

### Die jüngsten Kriegsverbrechen.

Berlin, 27. Januar. Laut Berliner Tageblatt findet heute im Reichsjustizministerium eine Besprechung mit dem Oberreichsanhalt statt, in der die bevorstehenden Verhandlungen in London über das Verfahren gegen die wegen Kriegsverbrechen angeklagten Deutschen erörtert werden sollen. Die Abreise des

Vertreters der Oberrechtsanwaltschaft nach London wird Ende dieser Woche stattfinden.

Wien, 27. Januar. Im Braunschweigischen Landtag erklärten gestern bei der Beratung des Staats des Staatsministeriums die höheren sämtlichen Bürgerlichen Fraktionen, daß ihre Parteifreunde der rechtssozialistischen Regierung in Braunschweig kein Vertrauen mehr entgegenbringen und daher den Staat ablehnen. Von der Haltung der drei Kommunisten wird es abhängen, ob eine Kabinettssitzung in Braunschweig eintreten wird.

### Die Parteien schließen.

Wien, 27. Januar. Über die gestrige Vormittagssitzung der Konferenz berichtet die Agence Havas, die Sitzung sei vollkommen ausgefüllt worden mit dem Vortrag des Finanzministers Doumer über die Reparationsfrage. Der Minister habe besonders auf die Bedeutung hingewiesen, welche die Summe habe, die Deutschland Frankreich für die Wiedergutmachung der von ihm verursachten Schäden schulde. Er habe gezeigt, daß das bisherige französische Budget mehr als 16 Milliarden Francs Ausgaben enthalte für den Wiederaufbau und für die Zahlungen von Pensionen an Witwen und Kriegsverletzte. Diese Summe milde Deutschland zu überlasten, wenn man das Gleichgewicht des Budgets wieder herstellen wolle. Finanzminister Doumer habe nur die Tatsachen angeführt, ohne von den praktischen Mitteln zu sprechen, die ergriffen werden müßten, damit Deutschland beauftragt. Über diese Seite des Problems werde Minister Doumer sprechen. Der Minister werde der Konferenz noch einige weitere Dokumente übergeben, sodass die Erörterung des Problems heute vormittag fortgesetzt werden könne.

Paris, 27. Januar. Umtlicher Nachmittagsbericht von gestern: Die Konferenz hat sich mit der rechtlichen Anerkennung der baltischen Staaten und der Staaten im Staatsfus bestätigt. Es wurde beschlossen, schon jetzt Estland und Lettland rechtlich anzuerkennen. Die rechtliche Anerkennung Litauens ist ihmatisch aufgenommen worden, aber jede Entscheidung mußte aufgeschoben werden bis zur endgültigen Regelung der Frage von Wilna, mit welcher der Bölkerbund betraut worden sei. Die Konferenz erklärte formell, der Unserkennung Georgiens günstig gegenüber zu stehen, wenn durch diesen Staat ein formelles Treffen gestellt wird. Der Vertreter Georgiens in Paris wird sofort in diesem Sinne entschieden werden. Die nächste Sitzung der Konferenz findet heute vormittag statt. Sie wird Entscheidungen treffen über den Verkauf der militärischen, maritimen und Luftfahrtständigen

## Billige Salzheringe!

Freitag und Sonnabend, den 28. und 29. Januar, werden im Ernährungsamt an jedermann Salzheringe zum Preise von 25 Pf. das Stück abgegeben. Gefüße sind mitzubringen.

Der Rat der Stadt, Ernährungsamt.

Schweineschmalz garantiert rein . . . . .	Pfund 14 <sup>00</sup>
Tafelmargarine . . . Pfund	12 <sup>50</sup>
Streichhölzer, 10 Schachtel	2 <sup>40</sup>
Kernseife . . . Doppelpack 250 gr	4 <sup>00</sup>
Toiletteseife . . . 2 Stück	6 <sup>25</sup>
Taschenlampenbatterien	2 <sup>25</sup>

# Billige Angebote.

## Baumwollwaren

Rohnessel, ca. 80 cm breit, gute süddeutsche Qual. Mtr	11 <sup>50</sup>
Hemdentuch, ca. 80 cm breit kräftige Ware Meter	12 <sup>50</sup>
Hemdenbarchent, Militärsteifen, stark Körperware Mtr	13 <sup>50</sup>
Unterrockbarchent, bedeckt Muster, mollige weiche Ware, Mtr	13 <sup>50</sup>
Bettzeug, ca. 82 cm breit, rot weiß karriert Meter	15 <sup>50</sup>
Bettuchnessel, ca. 140 cm breit, kräftige Qualität Mtr	19 <sup>50</sup>
Inlets, ca. 82 cm breit, echtfarbig rot, federdicht, feste Körperqualität Meter	25 <sup>50</sup>

## Wäsche + Korsetts

Damenhemden, Hemdentuch, mit 2 mal Rebsaum, gebast	32 <sup>50</sup>
Kniebeinkleider, Hemdentuch mit Stickerei, geschlossen	39 <sup>50</sup>
Damen-Schlupfbelinkleider Trikot	29 <sup>50</sup>
Damen-Unterhöschen, gestrickt mit Ärmeln	8 <sup>75</sup>
Korsetts, grau Nessel, halb lange Form, gebogen	29 <sup>50</sup>
Konfirmanden-Leibchen mit verstellbaren Trägern	24 <sup>50</sup>
Kinder-Unterhosen, gestrickt Größe 60 70 80 90 100	9 <sup>50</sup>
Preis 6.50 8.50 10.50 12.50 14.50	

## Strümpfe + Wollwaren

Damenstrümpfe, englisch lang Baumwolle, schwarz Paar	7 <sup>50</sup>
Damenstrümpfe, englischlang 1x1 gestrickt, kräftige Ware Paar	10 <sup>50</sup>
Damenstrümpfe, englischlang reine Wolle, schwarz Paar	14 <sup>50</sup>
Damen- u. Herrenhandschuhe Trikot, farbig, weiß u. schwarz Paar	12 <sup>50</sup>
Knaben-Sweater, grau gestrickt, in allen Größen	7 <sup>50</sup>
Mädchenhauben in verschied. Farben und Ausführungen	9 <sup>50</sup>
Kopftücher, Wolle schwarz	9.50
Herren-Strickwesten, gute Qualität in verschied. Farben	65 <sup>00</sup>

## Schuhwaren

Deckenstoffpantoffel mit Filzsohle und Walkfuß	
Größe 36-42 43-46	
Paar 17.50 19.50	
Filzpantoffel mit Filzsohle und Polster	
Größe 36-42 43-46	
Paar 22.50 25.50	
Deckenstoffschuhe mit Filzsohle u. Filzfutter, mit Raupe	
Größe 36-42 Paar	19.50
Deckenstoff-Schnallenstiefel mit Filz- und Spaltledersohle	
Größe 36-42 43-46	
Paar 29.50 32.50	

## Herrenbekleidung

Herren-Anzüge, aus soliden gemust. Stoffen, moderner Schnitt	
Serie I II III	
Preis 295.00, 395.00, 495.00	
Herren- und Burschen-Ulster aus guten dicken Stoffen, moderner Schnitt	
Serie I II III IV	
Preis 295.00, 350.00, 395.00, 495.00	
Konfirmanden-Anzüge aus farbig dauerhaft. Stoffen	195.00
bestre Verarbeitung	
Knaben-Anzüge aus festen gemust. Stoffen, Jacke hoch geschlossen für das Alter von 3-6 6-10 10-12 Jahr.	
95.00, 125.00, 155.00	

## Emaille

Esslöffel, grau und blau	75 Pfg.
Schöpf-, Schaum- u. Gießlöffel, grau	1 <sup>00</sup>
Essenträger, 14 cm u. 16 cm grau	5 <sup>95</sup>
Waschbecken, mit Seifennapf und Ring	6 <sup>50</sup>
Schmortöpfe, schwere Ware 16 18 20 22 24 26 cm	6.75 8.00 9.50 11.50 14.00 17.50
Konsolle mit Maas grau	14 <sup>50</sup>
Eimer, 28 cm Durchm. grau	17 <sup>50</sup>

## Porzellan

Tassen, verschiedene Formen weiß	1 <sup>75</sup>
Kaffeetöpfe, gerade und gebauchte Form, weiß	1 <sup>95</sup>
Kaffeekannen	

